

*Arthur Schlegelmilch*

## Politische „Grenzgänger“ in der Viersektorenstadt Berlin (1945–1948) Überlegungen zu einer historischen Quellenkritik der Autobiografie

Das Hauptanliegen des Beitrags besteht darin, Kriterien herauszuarbeiten, die zur Entwicklung einer geschichtswissenschaftlich belastbaren Quellenkritik der Autobiografie verhelfen können. Als empirischer Ausgangs- und Bezugspunkt dient das „politische Grenzgängertum“ der exponiert gelegenen Viermächtestadt Berlin, d. h. derjenige Kreis von Akteuren, die sich mit den Gegebenheiten der Ost-West-Spaltung und des Kalten Kriegs nicht abfinden wollten und – letztlich erfolglos – um politische Alternativen zu weltanschaulicher Lagerbildung sowie staatlicher und städtischer Teilung rangen. In zeitlicher Hinsicht liegt der Fokus auf dem knapp vierjährigen Zeitraum zwischen Kriegsende und Blockade, in dem die unterschiedlichsten politischen Zukunftsmodelle wie auf einer Bühne offen miteinander konkurrierten.

### Die Autobiografie als Geschichtsquelle – Probleme und Perspektiven

Als Quelle der Geschichtsforschung ist die Autobiografie umstritten, kommen ihr doch augenscheinlich Eigenschaften zu, deren Vereinbarkeit mit dem Objektivitätsbezogenen Selbstverständnis des Fachs fraglich erscheint. Als Haupteinwände gelten – weitgehend analog zur Oral History – die Identität von Erzähler und Zeitzeuge, ferner die mehr oder weniger große zeitliche Distanz zum historischen Geschehen sowie der auf Selbsterklärung und -darstellung gerichtete autobiografische Erzählmodus mit seinen gegenüber der Oral History nochmals gesteigerten konstruktivistischen Ressourcen.<sup>1</sup>

Jedoch hat die kulturwissenschaftliche Neuausrichtung des historischen Fachs zur Folge, dass der Wahrheitsanspruch der klassischen „Primärquellen“ ins Wanken geraten ist, während das Interesse an der subjektiven Seite historischen Handelns einschließlich seiner individuellen Verarbeitung und Präsentation zugenommen hat. Damit einher geht ein bemerkenswerter Aufschwung so genannter „Ego-Dokumente“, von dem nun auch die Autobiografie betroffen zu sein scheint. Als Quelle der Zeitgeschichte dürfte ihr namentlich Volker Depkats Habilitationsschrift „Lebenswenden und Zeitenwenden“ zum Durchbruch verhelfen; aufs Ganze gesehen sind – mit wachsender Tendenz – Zeitschriftenveröffentlichungen sowie einschlägige Tagungsveranstaltungen und Publikationen zu verzeichnen, an denen Historiker zumindest Anteil haben.<sup>2</sup>

1 Vgl. Volker Depkat: Zum Stand und zu den Perspektiven der Autobiografieforschung in der Geschichtswissenschaft, in: BIOS 2 (2010), S. 170–187.

2 Vgl. Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007. Vgl. diverse Tagungsberichte zum Stichwort „Autobiografie“ in H-Soz-u-Kult, z. B. zur Tagung Semantiken der (Selbst-)Konstruktion: (Auto-)Biografisches Arbeiten in Soziologie und Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert (2010); ferner: Autobiografie und

Nach dem derzeitigen Diskussionsstand zeichnet sich eine Reihe von Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten der Autobiografie als Geschichtsquelle ab. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive weder haltbar noch sinnvoll erscheint die pointierte Feststellung der Literaturwissenschaftlerin Martina Wagner-Egelhaaf, wonach „gerade im Zurückbleiben der Autobiografie hinter der historischen Zuverlässigkeit ihr konstitutives Element gesehen wird“.<sup>3</sup> Vielmehr gilt für die Autobiografie wie für jede andere historische Quelle auch die Abhängigkeit von Fragestellung und Erkenntnisinteresse. Stellen die Schreibgegenwart autobiografischer Texte bzw. die Zeitwahrnehmung und -verarbeitung ihrer Autoren den eigentlichen Interessensgegenstand dar, so kann es über den Quellencharakter der Autobiografie keinen ernsthaften Zweifel geben. Analogieschlüsse im Hinblick auf Personengruppen mit vergleichbaren Sozialisations- und Lebensverlaufsmustern bieten zudem die Chance, zu mentalitätsgeschichtlich verallgemeinerbaren Aussagen zu kommen und der Gefahr einer übertriebenen Individualisierung der Geschichtsschreibung zu begegnen.<sup>4</sup>

Evident erscheint des Weiteren die Bedeutung der Autobiografie als „Akt sozialer Kommunikation“, verbindet sich mit ihr doch offensichtlich nicht nur der Versuch, sich der Leserschaft mitzuteilen, sondern auch des Einschreibens und Einmischens in öffentliche Diskurszusammenhänge und Erinnerungskonkurrenzen. Hierzu gehört selbstverständlich auch die kritische Auseinandersetzung des Autobiografen mit der professionellen Geschichtsschreibung in ihrem Umgang mit der von ihm selbst erlebten, gestalteten und gedeuteten Zeit. Für die Analyse derartiger Diskurse stellt die Autobiografie naturgemäß eine wertvolle Quelle dar, die unter günstigen Umständen sogar über ausreichendes Potenzial verfügen kann, scheinbar festgefügte Lehrmeinungen aufzubrechen, diese aus dem Olymp des kulturellen Gedächtnisses einer Gesellschaft herauszulösen und in den dynamischen Modus der kommunikativen Gedächtnisbildung zurückzuführen.

Demgegenüber wird der Autobiografie eher nicht zugetraut, verlässliche Informationen über historische Handlungsabläufe und strukturelle Zusammenhänge zu liefern. So bezeichnet Volker Depkat Autobiografien zwar auch als „Selbshistorisierungsleistungen“ und verweist auf die intensiven Verifizierungsbemühungen mancher Autoren, die mithin keineswegs historisch referenzlose Erzähltexte, sondern „empiriegeladene Sinnkonstruktionen“ ihres eigenen Lebens und der von ihnen durchschrittenen Zeiten hervorgebracht hätten. Dennoch macht seine Untersuchung aber auch deutlich, dass dem Autobiografen „ein

Zeitgeschichte (2010); Selbstzeugnis und Person – Transkulturelle Perspektiven (2010); Vergangenheitsnarrative – Narrations of the Past (Historikertag 2008); Wendepunkte: Biografien und historische Umbrüche im 20. Jahrhundert (2008); Augenzeugnisse versus Geschichtsbilder: Deutsche Geschichte (1870–1945) als erlebtes Ereignis und gedeutete Vergangenheit (2005); Bilanz und Perspektiven der Selbstzeugnisforschung (2003).

3 Vgl. Martina Wagner-Egelhaaf: *Autobiografie*, Stuttgart/Weimar 2005, S. 40.

4 Vgl. z. B. Depkats Kontrastierung der geschichtswissenschaftlichen Kategorie des „Zeitalters“ mit derjenigen des „Menschenalters“ als der subjektiv empfundenen Wahrnehmung und Ordnung von Vergangenheit. Depkat: *Lebenswenden*, S. 31.

direkter und umstandsloser Zugriff auf das eigene Leben und die eigene Vergangenheit nicht gelingt“.<sup>5</sup>

Den hier angesprochenen Dimensionen der geschichtswissenschaftlichen Nutzung von Autobiografien a) im Rahmen der Analyse von Gegenwarts- und Zeiterfahrungen, b) im Kontext der Untersuchung von Kommunikationsprozessen und Diskursen sowie c) im Hinblick auf die Rekonstruktion historischer Handlungsabläufe, Prozesse und Strukturen nähern wir uns im Folgenden am Beispiel von fünf prominenten Berlin-Politikern der unmittelbaren Nachkriegszeit.

### Charakterisierung der ausgewählten Autobiografien

Im Hinblick auf die Untersuchung des Verhältnisses von Autobiografie, Kommunikation und Diskurs erschien es dem Verfasser aussichtsreich, die Lebenserinnerungen solcher Akteure zu berücksichtigen, die mit ihren Schriften Kontrapunkte zur dominierenden Geschichtsschreibung setzen wollten. Von ihnen konnten nicht nur ein besonders großer Argumentations- und Begründungsaufwand erwartet, sondern auch signifikante öffentliche Reaktionen erhofft werden. In Verbindung mit der schlichten Notwendigkeit des Vorhandenseins entsprechenden autobiografischen Materials ergab sich folgende Auswahl:

- Erich Walter Gniffkes autobiografischer Bericht „Jahre mit Ulbricht“, erschienen posthum im Jahr 1966 mit einem Vorwort Herbert Wehners;
- Ernst Lemmers Selbstbiografie: „Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten“, erschienen in erster Auflage 1968; in zweiter Auflage 1996 mit einem Vorwort von Helmut Kohl;
- Ferdinand Friedensburgs Lebenserinnerungen, hier Teil 2, erschienen 1971 unter dem Titel: „Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945“;
- Karl J. Germers Erlebnisbericht „Von Grotewohl bis Brandt. Ein dokumentarischer Bericht über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren“, erschienen 1974;<sup>6</sup>
- Otto Ostrowskis autobiografische Fragmente aus seinem Nachlass im Archiv der sozialen Demokratie Bonn.

Auch wenn sich die Karriereverläufe der fünf ausgewählten Politiker aufs Ganze gesehen unterschiedlich entwickelten, ist für sie doch durchgängig zu konstatieren, dass ihren politischen Auffassungen und Aktivitäten der unmittelbaren Nachkriegszeit kein Erfolg beschie-

5 Ebd., S. 513.

6 Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966; Ernst Lemmer: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt am Main 1968 bzw. in zweiter Auflage mit einem Vorwort von Helmut Kohl und 32 Abbildungen, München 1996 (wenn nicht anders angegeben, wird aus der Erstauflage zitiert); Ferdinand Friedensburg: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin (West) 1971; Karl J. Germer: Von Grotewohl bis Brandt. Ein dokumentarischer Bericht über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren, Landshut 1974.

den war und mehr oder weniger ausgeprägte Kurskorrekturen von ihnen vollzogen werden mussten. Dies gilt am meisten für *Gniffke*, Jahrgang 1895, der als Mitglied des Zentralausschusses der SPD im Juni 1945 an der Wiedergründung der Sozialdemokratie in Berlin unmittelbar beteiligt war. Später engagierte er sich aktiv zugunsten der Gründung der SED und gehörte dem Sekretariat des SED-Zentralkomitees an. Im März 1948 übernahm er die Position des Vorsitzenden des Deutschen Volksrats. Ende Oktober desselben Jahres flüchtete er in den Westen und trat wieder der SPD bei. Eine bedeutende politische Funktion erreichte er bis zu seinem Tod 1964 nicht mehr. *Germer*, Jahrgang 1913, aus sozialdemokratischem Milieu kommend, gehörte ebenfalls im Frühsommer 1945 dem SPD-Zentralausschuss an. 1946 stand er an der Spitze des Widerstands der Berliner Sozialdemokraten gegen die „Zwangsfusion“ mit der KPD und wurde im April 1946 in den Vorsitz des SPD-Landesverbands Berlin gewählt. Bereits drei Monate später trat er zurück und übernahm eine Referententätigkeit in der West-Berliner Senatskanzlei. 1957 musste er dort seine Stelle auf Wunsch des frisch ins Amt des „Regierenden“ gekommenen Willy Brandt räumen. *Ostrowskis* Aufstieg zum ersten gewählten Nachkriegsbürgermeister Berlins fand nach viereinhalb Monaten sein jähes Ende, indem ihn die eigene sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wegen unautorisierter Verhandlungen mit der SED zum Rücktritt zwang. Bis 1951 fungierte er als Leiter des Hauptprüfungsamts, des Vorläufers des Berliner Rechnungshofs, danach war er ohne öffentliche Funktion und spielte auch in der Partei keine Rolle mehr. *Friedensburg*, geboren 1886, war Mitbegründer der CDU(D) im Juni 1945 in Berlin. Im ersten Nachkriegsjahr amtierte er als Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie der Sowjetischen Besatzungszone und wurde nach den Berliner Wahlen 1946 zum stellvertretenden Berliner Oberbürgermeister gewählt. Während der Blockade amtierte er zeitweise als kommissarischer Oberbürgermeister für die erkrankte Louise Schroeder bzw. für den von der sowjetischen Besatzungsmacht als Oberbürgermeister nicht bestätigten Ernst Reuter. 1948/50 war Friedensburg Bürgermeister im großen Westberliner Koalitionssenat, ab 1952 Bundestagsabgeordneter und ab 1958 Mitglied des Europäischen Parlaments. *Lemmer*, Jahrgang 1898, war zusammen mit Jakob Kaiser ab Januar 1946 Vorsitzender der Ost-CDU. Nach seiner Absetzung Ende 1947 gehörte er noch bis 1949 dem Brandenburgischen Landtag an und war von 1950 bis 1969 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Zwischen 1956 und 1962 amtierte er als Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (1956/57), Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (1957/62) sowie als Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1964/65).

### Autobiografische Erzählweisen

Als gegebene Darstellungsform der Autobiografie gilt gemeinhin die „Erzählung“ und damit eine primär literarische Gattungsform. Dieser Umstand trägt dazu bei, dass autobiografische Texte meist nicht als historische Quellen gelesen werden, selbst wenn sie durch Selbstzuschreibungen wie „Bericht“, „Erinnerung“ oder „Lebensgeschichte“ bestrebt sein mögen, den Eindruck von Sachlichkeit und Authentizität zu erwecken und diesen Anspruch durch die Einfügung von Fußnoten und verifizierbaren Zeugnissen sowie durch den Einsatz wei-

terer Gestaltungselemente zusätzlich zu untermauern suchen. Der narrative Charakter der Autobiografie wird hierdurch zwar keineswegs außer Kraft gesetzt, doch ergeben sich daraus zusätzliche Perspektiven für die geschichtswissenschaftliche Nutzung. Es sollen deshalb im Folgenden einige Konstruktionselemente autobiografischen Erzählens und die mit ihnen verbundenen analytischen Möglichkeiten aufgezeigt werden, soweit sie sich aus den fünf Beispielfällen entnehmen lassen.

## Kontinuitäten

Dem Kontingenzcharakter des menschlichen Lebens begegnen Autobiografen (wie auch Biografen) üblicherweise durch Selektion, Verdichtung, Profilierung, Stilisierung und Finalisierung des Lebensstoffes. Dabei stellt sich das Problem des Umgangs mit den Brüchen und Divergenzen des eigenen Lebens unter Berücksichtigung der jeweiligen Schreibgegenwart und der von ihr ausgehenden Wirkungen.

Alle fünf Autoren, am wenigsten Gniffke, am meisten Germer, changieren zwischen den diversen Zeitschichten ihres Lebens und scheuen sich nicht, Gegenwartsbezüge herzustellen. So verweisen Friedensburg und Germer darauf, durch die seit Ende der sechziger Jahre zum Durchbruch gekommene „neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Bundesregierung zum Schreiben besonders ermutigt worden zu sein – nachdem sie selbst ihre einstmalige Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Osten mit Deklassierung und Entmachtung bezahlt hätten. Den erzwungenen Abbruch ihrer seinerzeitigen Bemühungen deuten sie als verpasste historische Gelegenheit – mit der Konsequenz, dass nun, unter ungleich ungünstigeren Bedingungen, ein neuerlicher Versuch in dieselbe Richtung unvermeidlich geworden sei. Inzwischen sei man freilich „zu Zugeständnissen und Verzichten gezwungen, an die vor 20 Jahren auch der eifrigste Verständigungspolitiker (...) nicht gedacht hätte“ – und überdies werde diese Aufgabe mit politischem Personal angegangen, an dessen Qualitäten Zweifel bestünden.<sup>7</sup>

Ähnlich unbescheiden bilanziert Ostrowski im Herbst 1958, „daß die Haltung des Oberbürgermeisters nicht so abwegig war, wie man das damals hinstellte. (...) Heute sucht man recht eindringlich, aber noch immer fast aussichtslos nach einer Beendigung des Ost-West-Streites, zu dem es der bekämpfte Oberbürgermeister von damals nicht hat kommen lassen wollen. Seine Vorausschau auf die notwendige Entwicklung zum Ausgleich scheint sich also doch nicht ganz falsch erwiesen zu haben.“<sup>8</sup> Lemmer, der sein Buchmanuskript mit dem Jahr 1968 abschloss, verortet sich deutschlandpolitisch in statischer und weltpolitisch in gefährlicher Zeit, ohne nähere Kommentierungen abzugeben. Er belässt es bei dem gleichwohl deutlich vernehmbaren Kontinuitätsvermerk, dass die ihm als Person und als Politiker eigene Befähigung zu Kompromiss und Ausgleich im Hier und Jetzt dringender denn je gefordert sei.<sup>9</sup>

7 Friedensburg, S. 320 f.; Germer, S. 237 f., 241.

8 Nachlass Otto Ostrowski, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Box 37.

9 Lemmer, S. 383 ff.

Für die persönliche Entwicklung und die politische Bewusstseinsbildung der fünf Protagonisten stellen weder die Umbruchphase 1945/49 noch die daran anschließende Entwicklung Zäsuren im Sinne einer Um- oder Neuprogrammierung ihres politischen Denkens dar. Dies ist in Bezug auf das Kriegsende unmittelbar nachvollziehbar, da sich die fünf in mehr oder weniger starker Opposition zu den Nazis befunden hatten und sich somit zu Recht als Sieger sehen konnten. Interessanterweise führen aber auch die dann folgenden Erlebnisse des Scheiterns und der erzwungenen politischen Neuausrichtung nicht zur Erschütterung ihres Wertesystems. Unter Zuhilfenahme der Schreibgegenwart sehen sie sich in ihrer Grundhaltung sogar bestätigt und mit der geschichtlichen Entwicklung im Einklang stehend. Besonders gut lässt sich die Pflege einer solchen Kontinuitätslegende im Nachlass Otto Ostrowskis rekonstruieren, da der geschasste Oberbürgermeister über längere Zeit an der Gestaltung seines schriftlichen Lebenslaufs arbeitete, um damit der angestrebten Rehabilitierung näher zu kommen. So bezeichnet er sich im Entwurf seiner Vita vom 16. Oktober 1958 als „immer entschiedener Bekämpfer von KPD, NSDAP und Korruption in der Gesamtverwaltung Berlins und in den eigenen Reihen“; des Weiteren „als leidenschaftlicher Rebell gegenüber dem Fortbestand der alten Gesellschaftsordnung in allen anvertrauten Ämtern“ sowie als „immer: erfolgreicher Werber für die SPD“.<sup>10</sup>

Einzig Gniffke, der mit dem Übergang zur SED sichtlich zu weit gegangen war, räumt Selbsttäuschungen ein, doch steht auch bei ihm letztlich das Kontinuitätsprinzip im Vordergrund, indem er das eigene Tun, sofern es eben selbstbestimmt sein konnte, konsequent aus sozialdemokratischem Geist interpretiert. Insofern erzählt Gniffke, im Unterschied etwa zu Wolfgang Leonhard in seinem antistalinistischen Bestseller „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, keine Konversionsgeschichte.<sup>11</sup>

## Raum und Geschichte

Die auf das ganze Leben zurückblickende Autobiografie hat den Vorzug, die Persönlichkeit in ihrer mentalen Disposition und Entwicklung ausführlich darstellen zu können. Friedensburg und Lemmer machen hiervon freilich nur geringen Gebrauch – die psychologische Selbstergründung entspricht nicht ihrem Darstellungsziel, das den öffentlich und politisch handelnden Akteur im Blick hat und Privates eher beiläufig einfließen lässt. Gleichsam als Ersatz dient ihnen das Hineinschreiben in größere räumliche und geschichtliche Kontexte. Bei Friedensburg handelt es sich um das Bekenntnis zum aufgeklärten Preußentum, während sich Lemmer in der freiheitlichen Tradition des Bergischen Landes verankert sieht und die ersten Kapitel seiner Lebenserinnerungen („Heimat auf rauhen Bergen“, „Politik von Kindheit an“) mit entsprechenden szenischen Beschreibungen und Charakterisierungen ausstattet:

10 Nachlass Ostrowski, Box 37, Mappe 1953–1961.

11 Wolfgang Leonhard: *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, Köln 1955. Es ist bekannt, dass Leonhard mit Gniffke befreundet und an der Abfassung seines Buches beratend beteiligt war. Vgl. das Nachwort von Gert Gniffke zu „Jahre mit Ulbricht“, S. 366.

„Meine Kindheit und Jugend war schwer. Schon früh rebellierte ich gegen das Fassadenhafte der Wilhelminischen Epoche. Kasten- und Klassegeist waren mir zuwider. Auf den Bergen zwischen der Wupper wehte der Wind der Freiheit. In der Frankfurter Nationalversammlung von 1848–1849 war das Bergische Land mit seinen eigenwillig-stolzen Menschen durch Ernst Moritz Arndt vertreten worden.“<sup>12</sup>

Der 1913 geborene Karl J. Germer verortet sich in einer von ihm als tragisch empfundenen nationalstaatlichen Entwicklung, die nur in der Anfangsphase des Kaiserreichs von 1871 als echte Einheit zwischen Staat, Bürger und Nation gewirkt habe. Die nachfolgenden gesellschaftlichen Fragmentierungen und das Versagen der Politiker hätten zu den Katastrophen von 1933 und 1945 geführt. Hieraus hätte sich für ihn, Germer, die Selbstverpflichtung ergeben, beständig und konsequent verantwortungsethisch *und* demokratisch zu handeln.<sup>13</sup>

### Die episodische Erzählung als narratives Gestaltungselement

Als allenthalben wichtiges, bei Gniffke und Lemmer zentrales Gestaltungselement erweist sich der Darstellungsmodus der episodischen Erinnerung. Freilich wäre es nicht nur auf Grund der Schwäche und Selektivität des menschlichen Gedächtnisses naiv, dem Authentizitätsgestus des episodischen Erzählens vorbehaltlos Glauben zu schenken. Dies soll am Beispiel der Darstellung einer Sitzung des SPD-Zentralausschusses und der SPD-Landesvorsitzenden der Sowjetischen Besatzungszone am 10. und 11. Februar 1946 in Berlin durch Erich W. Gniffke demonstriert werden. In ihrem Mittelpunkt stand die Frage der Vereinigung von SPD und KPD. Dies bestätigt auch Karl J. Germer, der das Treffen, an dem er ebenso wie Gniffke persönlich teilnahm, in seinen Erinnerungen in zwei Sätzen zusammenfasst:

„Vorangegangen war am 11. Februar eine Sitzung des Zentralausschusses, in der einige Vorsitzende der Landesverbände der Zone mitgeteilt hatten, dass, wenn der Zentralausschuss keinen entsprechenden Beschluss fasse, die Verschmelzung in den Ländern separat durchgeführt würde. Diese Mitteilung war für mich (...) besonders schockierend, weil ich von einigen dieser Vorsitzenden wusste, dass sie erbitterte Gegner der Verschmelzung waren.“<sup>14</sup>

Gniffkes Schilderung des Ereignisses nimmt hingegen ein ganzes Unterkapitel mit sechs Seiten in Anspruch, die im Folgenden im Hauptfeld des Blattes wiedergegeben werden.<sup>15</sup> Die in der Randleiste verzeichneten Kommentierungen wurden nachträglich vom Verfasser dieses Beitrags eingefügt und sollen zum Verständnis der Struktur und Gestaltung des Textes beitragen.

12 Lemmer, S. 7.

13 Germer, S. 15 ff.

14 Ebd. S. 132.

15 Gniffke, S. 139–145.

*Prolog 1:  
Charakterisierung der  
Rahmenbedingungen*

Auf der Sitzung des Zentralaussschusses und der Landesvorstände, die wir für den 10. und 11. Februar 1946 einberufen hatten, mußte eine Entscheidung getroffen werden. Das war uns allen klar. Vor allem, da das Zentralkomitee den 1. Mai für einen Vereinigungsparteitag festgelegt hatte. Daß hinter dieser Forderung die sowjetische Besatzungsmacht stand, war uns ebenso klar.

In Hessen hatten am 20. Januar kommunale Teilwahlen stattgefunden, bei denen die KPD nur 4,6 Prozent der Stimmen erhielt, während die SPD 41,4 Prozent erringen konnte – ein Ergebnis, das Schumacher vorausgesehen hatte. In ihm, der außerhalb der sowjetischen Besatzungszone operieren konnte, mußte die KPD und mit ihr die SMAD, schließlich die Sowjetunion selbst, nicht nur einen Gegner, sondern geradezu einen Feind sehen. Daher mußten sie alles daransetzen, die Vereinigung unter Dach und Fach zu bekommen, bevor dieser Einfluß wachsen und sich auf die SPD in der Sowjetzone auswirken konnte.

*Prolog 2:  
Vorgespräche/Stimmungsbild  
Vereinigungsbereitschaft*

Diese Überlegungen bildeten den Inhalt der Gespräche vor der Sitzung, ehe die Vorsitzenden der Landesorganisationen eingetroffen waren. Sie kamen einer nach dem anderen, und sie kamen alle mit der gleichen Marschroute, ohne daß sie sich vorher untereinander verabredet hätten. Im Zimmer von August Karsten, den die auswärtigen Besucher stets zuerst aufzusuchen pflegten, weil er in der Regel Alkohol vorrätig hatte, kam es zu einer improvisierten Vorbesprechung. Ich bat meinen alten Freund Carl Moltmann aus Schwerin in mein Zimmer. Kurz darauf erschienen auch Grotewohl und Fechner, die Otto Buchwitz, Dresden, mitbrachten. Ich fragte Moltmann, ob ihm, unabhängig von unserer Einladung, vielleicht schon vorher die Forderung der KPD nach Vereinigung am 1. Mai bekanntgeworden sei. Moltmann wich aus: Eine direkte Forderung sei ihm nicht bekanntgeworden.

„Laßt uns nicht um den Brei herumreden“, fuhr Grotewohl dazwischen, „wofür wollt ihr heute eintreten – für die Behandlung der Frage auf einem Reichsparteitag oder für eine Vereinigung in unserer Zone?“ Otto Buchwitz erwiderte: „Ich trete für eine sofortige Vereinigung ein.“

Moltmann: „Ich ebenfalls.“

Als ich wissen wollte, ob es bei ihnen schon einen Vorstandsbeschuß gäbe, verneinten beide. Die Frage, ob sie



selber sich festgelegt hätten, blieb vor der Sitzung unbeantwortet.

Die Sitzung im Parteihaus der SPD wurde von Max Fechner geleitet. Otto Grotewohl hatte die Berichterstattung zur Lage übernommen. Objektiv schilderte er die Entwicklung, die zur heutigen Situation geführt hatte. Ebenso objektiv schilderte er seine und Dahrendorfs Unterredung mit Kurt Schumacher. Schumacher, so sagte er, habe nichts anderes vorschlagen können als die Auflösung der SPD.

Wörtlich fuhr er fort: „Ich frage euch, Genossen, wollt ihr das? Waren wir im Mai und Juni 1945 nicht bereit, in eine einheitliche Arbeiterpartei zu gehen, auch wenn es sich dabei um keine andere Partei gehandelt hätte als die jetzt neben uns bestehende Kommunistische Partei? Was soll sich nun eigentlich an dieser grundsätzlichen Einstellung geändert haben? Geändert hat sich nichts, nur Zeit haben wir verloren. Hätten wir vor einem Dreivierteljahr die Vereinigung durchgeführt oder hätte die Besatzungsmacht nur eine Arbeiterpartei zugelassen, so hätten wir nicht nur keine Zeit verloren, sondern uns auch viel Ärger erspart. Das sieht heute auch das Zentralkomitee der KPD ein und auch die sowjetische Besatzungsmacht. Jetzt soll nun die Vereinigung plötzlich sehr schnell vor sich gehen. Wir, der Genosse Dahrendorf und ich, haben dem Genossen Schumacher die Frage vorgelegt: Wollt ihr mit uns zusammen einen Reichsparteitag einberufen und dort die Vereinigung zur Entscheidung stellen? Unsere Frage wurde jedoch verneint.

Was sollen wir nun tun, nachdem nunmehr der Antrag vorliegt, die Verschmelzung der beiden Parteien Ostern oder am 1. Mai vorzunehmen? Nach meinem Dafürhalten müssen wir dem Antrag zustimmen und die Vereinigung an einem dieser genannten Termine vollziehen. Ich glaube, die heutige Konferenz wird mit mir die gleiche Ansicht vertreten und entsprechend beschließen.“

Aber sogleich meldeten sich Gegenstimmen. Als erster Diskussionsredner sprach Gustav Dahrendorf und stellte zunächst richtig, daß eine einheitliche Arbeiterpartei nicht die Kommunistische Partei sein brauche. „Die Sozialdemokratische Partei ist bis zum Ersten Weltkrieg eine einheitliche deutsche Arbeiterpartei gewesen, in der sich viele der späteren Führer der KPD, mindestens bis zum Ausbruch des Krieges, sehr wohl gefühlt haben. In dieser Partei sind alle

*Sitzungsbeginn*

*Plädoyer: Pro Vereinigung*

*Gegenrede*

Sozialisten zu Wort gekommen, unabhängig von ihrer Grundhaltung, ob sie nun marxistisch-dogmatisch war oder nicht. Es fühlte sich niemand bevorzugt oder unter Druck gesetzt, es bestand nicht nur freie Meinungsäußerung, sondern auch Gewissensfreiheit.

Wenn es der Führung der KPD darauf ankommt, eine solche einheitliche Partei mit uns gemeinsam zurückzugewinnen, so hätte es keines Druckes bedurft, um eine solche Partei wiedererstehen zu lassen. Die KPD ist jedoch der Auffassung gewesen, daß vor einer Verschmelzung eine ideologische Klärung erfolgen müsse. Diese Klärung ist bisher nur teilweise erfolgt. Aus dem Druck auf Hunderttausende Sozialdemokraten in der Ostzone läßt sich schließen, dass sie in die Schablone der KPD gepreßt werden sollen.“

*weitere Gegenstimmen  
(knapp)*

Die Versammelten hatten Grotewohl und Dahrendorf angehört. Mehrere Mitglieder des Zentralausschusses, darunter Karl Germer, Fritz Neubecker, August Karsten und Otto Meier, sprachen sich ebenfalls *gegen* den Vereinigungstermin aus.

Karl Germer sagte: „In eine KPD werden wir uns in keinem Fall pressen lassen.“

*Zusätzliche Aspekte:  
Pragmatismus*

Als erster der Landesvorsitzenden ergriff nun Bruno Böttge aus Halle das Wort: „Wenn wir die Besatzungszeit – und sie kann ja nicht ewig dauern – überstehen wollen, müssen wir das Angebot der KPD annehmen.“

Diese Bemerkung veranlaßte Heinrich Hoffmann aus Weimar zu dem Zwischenruf: „Willst du eine Vereinigung unter Vorbehalt?“ „Nein, ich will eine Vereinigung in ganz Deutschland“, erwiderte Böttge. „Weil die nicht zu erreichen ist, müssen wir in unserer Zone beginnen, in der Hoffnung, daß sie sich hier bewährt.“

*... und Taktik  
(Position Gniffke)*

Jetzt ergriff ich das Wort. Nachdem ich ebenfalls auf die bisherige Entwicklung eingegangen war, stellte ich die Frage, ob bei dieser Situation eine zukünftige Einheitspartei eine selbständige Politik, vor allem eine selbständige Außenpolitik, treiben könne. „Kann sie selbständig handeln, wenn es die Klassenlage der deutschen Arbeiterschaft erfordert? Oder geht man grundsätzlich von der Hypothese aus, daß die Klassenlage der deutschen Arbeiter eine Gleichschaltung mit der Staatspolizei der Sowjetunion erfordert?“

Zum Schluß hob ich hervor, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die volle Handlungsfreiheit des Zentralausschusses

wieder zurückzugewinnen; dazu gehört eine zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD zu vereinbarende Entschließung, daß der 1. Mai *keinesfalls* der Stichtag für die Verschmelzung sein kann. Dazu gehört weiter, daß die zu treffende Vereinbarung von den Sowjetbehörden respektiert werden muß, damit sich der Zentralausschuß draußen wieder verständlich machen kann. Von den Landesvorsitzenden sprachen sich nur Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann für die sofortige Vereinigung aus.

Alle Reden – kühl und sachlich vorgetragen – wurden von den Anwesenden nachdenklich, ohne Pro- oder Kontra-Bezeugungen aufgenommen. Erst zuletzt, bei der Rede Moltmanns, wurden Zwischenrufe laut. Dabei wurde offenbar, daß man in den Landesvorständen schon sehr viel weiter war, als wir angenommen hatten. Während wir im Zentralausschuß ständig über das Für und Wider diskutiert hatten, war man sich im Lande auch in der Terminfrage bereits einig geworden. Max Fechner beendete die Diskussion ohne eigene Stellungnahme mit der Aufforderung: „Genossen, wer dafür ist, dem Antrag der KPD zuzustimmen, einen Vereinigungsparteitag zu Ostern oder zum 1. Mai einzuberufen, den bitte ich um das Handzeichen.“ Fechner zählte laut, ließ die Gegenprobe machen, und nachdem er die Stimmhaltungen festgestellt hatte, erklärte er: „Die zweiten Stimmen waren mehr, der Antrag ist damit abgelehnt ...“ Da brach ein unbeschreiblicher Tumult aus, es wurde geschrien und wild gestikuliert. Hoffmann, Moltmann und Buchwitz sprangen auf, auch einige Zentralausschuß-Mitglieder hatten sich erhoben. Hoffmann schrie irgend etwas, was keiner verstehen konnte, und weil alle auf einmal sprachen. Unmöglich herauszufinden, wer auf wen einredete. Alle sprachen in höchster Lautstärke, oft über die Köpfe anderer hinweg, die miteinander stritten, um sich wieder anderen verständlich zu machen.

Die Sitzung drohte aufzufiegen. Laute Rufe wie: „Wir sagen uns los vom Zentralausschuß!“, „Wir machen die Vereinigung auf Landesebene“ wurden vernehmbar. Nach einem halbstündigen Durcheinander gelang es Fechner, die Ruhe wenigstens einigermaßen wiederherzustellen. Er kündigte an, daß die Genossen Harnisch und Weimann eine Erklärung abgeben wollten. Harnisch und Weimann erklärten

*kein Handlungsspielraum*

*Erste Abstimmung,  
Tumult, Chaos,  
Handlungs-Unfähigkeit  
Vertagung*

*Szenenwechsel*  
*Gewerkschaftskongress*

kurz, daß sie sich bei der Abstimmung geirrt hätten. Sie wollten *für* den Vereinigungstermin stimmen und nicht gegen ihn. Daraufhin stellte Fechner fest, daß die Abstimmung unentschieden verlaufen sei, und vertagte die Sitzung auf den folgenden Tag, 9 Uhr vormittags.

Gleich nach Beendigung der Sitzung war, wie sich später herausstellte, Heinrich Hoffmann, der in Thüringen den Landesvorsitzenden abgelöst hatte, zum Admiralspalast hinübergefahren, wo zur gleichen Stunde der Gewerkschaftskongreß tagte. Nach einer kurzen Unterredung mit Ulbricht meldete er sich zu Wort und verkündete, daß „man“ in Thüringen beschlossen habe, jetzt auch die politische Einheit der Arbeiterklasse zu vollziehen. Ein Vereinigungsparteitag finde am 6. April in Weimar statt. In dem Beschluß, den Hoffmann dem Zentralausschuß der SPD vorher nicht zur Kenntnis gebracht hatte, hieß es: „Beide Parteien halten am 6. April in Gotha ihre eigenen Landesparteitage ab, in denen sie ihre Auflösung beschließen. Am 7. April wird in Gotha der gemeinsame Landesparteitag der neuen Einheitspartei stattfinden.“

*Demagogie Ulbrichts*

Sogleich nahm auch Ulbricht das Wort: „Gewisse Leute“, so sagte er, „haben uns gefragt: Aber diese Vereinigung geschieht doch unter Druck? Ich sage ganz offen: Jawohl, sie geschieht unter Druck! Seht mal an, diese Thüringer haben die Vereinigung beschlossen, ohne uns vorher zu fragen (große Heiterkeit). Ich sage ganz offen: Sie haben einen Druck auf uns ausgeübt, auf den Vorstand der SPD und der KPD! (Stürmischer Beifall.) Und die Sachsen haben einen Druck auf uns ausgeübt: Man hat dort ein gemeinsames Organisationskomitee für die Vereinigung der beiden Parteien geschaffen. Aus Halle-Merseburg kommt eine gleiche Mitteilung. Der Druck ist gegenwärtig schon so stark, daß sich die beiden Zentralvorstände in diesen Tagen darüber beraten werden, zu welchem Termin die Vereinigung vollzogen werden soll.“ (Erneuter lebhafter Beifall.)

*Schlussdialog*  
*Gniffke – Grotewohl*

Ulbricht brauchte nicht einige Tage zu warten. Schon der nächste Tag sollte die Entscheidung bringen.

Ich hatte die Nacht nicht geschlafen, sondern eine Rede ausgearbeitet, in der ich auch die mutmaßliche Entwicklung in einer Einheitspartei aufzeigte. Übernächtigt betrat ich eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn das Zimmer Grotewohls. Ich sah ihm an, auch er hatte diese Nacht mit sich

gerungen. Ich übergab ihm das Konzept meiner Rede. Nachdem er es überflogen hatte, sagte er, er habe sich nunmehr definitiv entschieden. Wir könnten uns nicht ausschalten und die Mitglieder allein in die Vereinigung schlitzen lassen, die doch nicht mehr aufzuhalten sei.

Er trat ans Fenster, schaute auf die Ruinen hinaus und fuhr fort: „Alles, was du da geschrieben hast, hat eine gewisse Berechtigung. Auch wenn es zur Vereinigung kommt – mit uns oder gegen uns –, gibt es noch viele Mißverständnisse von früher und auch von den letzten Monaten zu klären. Das muß alles noch geschehen.“ Ich warf ein: „Es sind doch mehr als Mißverständnisse, die noch zu klären sind. Es sind Differenzen, ernsthafte Differenzen, die ausgeräumt werden müssen.“

„Ja, es sind Differenzen, die besser gar nicht erst entstanden wären“, entgegnete Grotewohl, „aber es sind keine Differenzen, die nicht ausgeräumt werden können. Denk an die Entwicklung im und nach dem Ersten Weltkrieg. Denk an Sachsen, Thüringen und nicht zuletzt an Braunschweig, an die ‚Harzburger Front‘ und das Ermächtigungsgesetz für Hitler. Dem Bürgertum ist damals die große Chance der sogenannten bürgerlichen Demokratie gegeben worden. Wie hat es diese Chance genützt? Wir beide haben die entscheidende Zeit in Braunschweig zusammen erlebt. Ist es nicht so gewesen, daß das Bürgertum zu den Nazis abgewandert ist, ist es nicht so gewesen, daß die bürgerlichen Parteien sich den sieben Nazirabauken in unserem Landtag auslieferten, den Abenteurer Hitler zusammen mit den Nazis zum Regierungsrat machten?

Wir können politisch nicht da anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben. Wollten wir das tun, so wird sich zeigen, daß das Bürgertum gegen die politisch organisierte Arbeiterschaft die gleiche Frontstellung beziehen wird wie nach 1918. Wir müssen deshalb, soweit uns dazu die Gelegenheit geboten wird, wenigstens erreichen, daß die politische Einheit aller Werktätigen in Parteien und Gewerkschaften hergestellt werden kann.“

Ohne zu einer Übereinstimmung gekommen zu sein, gingen wir.

Noch einmal wurde das Für und Wider diskutiert, doch ohne die Leidenschaftlichkeit des Vortages. Grotewohl beteiligte sich überhaupt nicht an der Diskussion, sondern

*Schlussplädoyer:  
Unabweisbarkeit der  
Vereinigung*

*Zweite Abstimmung*

*Epilog  
Resignation und  
vollendete Tatsachen*

erklärte nur kurz: „Ich bleibe, komme, was mag, bei meinen Genossen in der Ostzone.“

Fechner ließ nun erneut abstimmen. Dieses Mal entschied die Mehrheit für die Vereinigung im April. Darauf erklärte Dahrendorf seinen Rücktritt, zog ihn aber auf meine Bitte wieder zurück.

Fritz Neubecker stieg mit mir die Treppe zu meinem Zimmer. „Was soll nun werden?“, fragte er. „Ich weiß es nicht“, antwortete ich niedergeschlagen.

Otto Grotewohl fuhr zum Gewerkschaftskongress und verkündete: „Der Zentrallausschuß der Sozialdemokratischen Partei ist nach Beratung mit den Vertretern der Bezirke zu dem Entschluß gekommen, der Mitgliedschaft der Partei alsbald die Einheit der beiden Arbeiterparteien zur Entscheidung vorzulegen. Der Zentrallausschuß wird daher, nachdem die Verhandlung mit den Vertretern der westlichen Besatzungszonen ergeben haben, daß die Einberufung eines Reichsparteitages auf absehbare Zeit nicht möglich ist, sofort einen Parteitag für die sowjetische Besatzungszone einschließlich Berlins einberufen. Dieser Parteitag, dem Bezirks- und Landesparteitage vorangehen, soll über eine Vereinigung der beiden Parteien entscheiden.“

Gniffkes Darstellung lässt nicht nur sein persönliches Abstimmungsverhalten offen, sondern bietet insgesamt nur wenige Informationen über seine grundsätzliche Haltung in dieser entscheidenden Phase des Vereinigungsprozess, die indes von anderen Zeitzeugen, dezidiert von Germer, als aktiv einheitsbefürwortend charakterisiert wird.<sup>16</sup> Deutlich herauszulesen ist freilich die Absicht, den Argumenten der sozialdemokratischen Einheitsbefürworter (unter Führung Grotewohls) Raum zu geben, ohne sich dem Vorwurf der Einseitigkeit auszusetzen. Die Gegenüberstellung der Positionen Grotewohls und Dahrendorfs vermittelt zunächst den Eindruck einer Pattsituation, doch erhält Grotewohls Position mit dem symbolisch aufgeladenen Schlussmonolog letztlich das größere Gewicht. Parallel dazu schildert Gniffke nachdrücklich den auf der Parteiführung (und damit auch auf ihm) lastenden unabweisbaren Druck der Basis bzw. der Landesverbände. Mithilfe des Szenenwechsels zum Gewerkschaftskongress wird dessen eigentlicher Verursacher klar gekennzeichnet. Obwohl Gniffke auf dem Kongress nicht als Augenzeuge anwesend war, profiliert er Ulbrichts fatale Rolle mit Hilfe der wörtlichen Rede.

Im Ergebnis entsteht das Bild einer sowohl von bedenkenswerten Sachargumenten gespeisten als auch von „unten“ (Landesverbände) und außen (Ulbricht, Schumacher) forcierten und im Ergebnis mehr oder weniger unabweisbaren Parteienfusionierung, deren

16 Vgl. Germer, S. 104 ff.

Charakterisierung als „Zwangverschmelzung“ gleichwohl zu kurz gegriffen scheint. Diesem Prozess zu widerstehen, war, wie das Beispiel Dahrendorfs demonstriert, zwar respektabel, stellte aber nicht die einzig „vernünftige“ Handlungsweise dar. Hinzu kommt der verantwortungsethische Gesichtspunkt der Verpflichtung gegenüber den sozialdemokratischen Genossen in der Zone, wie ihn Gniffke mit folgender Gesprächsepisode vom 12. Februar 1946 unterstreicht:

„Auf Grotewohls Frage, ob ich demnach entschlossen sei, die Parteivereinigung mitzumachen, erwiderte ich: ‚Wenn die Entscheidung im Parteiausschuß für die Vereinigung zu dem nach meinem Dafürhalten allerdings zu nahen Termin fällt, werde ich das Experiment mitmachen, und zwar aus folgenden Gründen: Ich bin nicht Berliner, sondern Ostdeutscher. Meine Landsleute sitzen in der Hauptsache als Flüchtlinge in Mecklenburg. Ich glaube, ich habe die Verpflichtung, mich um sie zu kümmern. Außerdem habe ich bestimmte Vorstellungen im Hinblick auf die zukünftige Einheitspartei. Ich möchte versuchen, sie im Interesse der mehr als eine halbe Million Sozialdemokraten zu verwirklichen.‘ – ‚Und du, Gustav?‘, wandte sich Grotewohl an Dahrendorf. Dieser antwortete: ‚Ich werde vor der Parteiausschußsitzung noch einmal die ganze bisherige Entwicklung überdenken und dann meine Entscheidung überdenken. Ich bin nicht Ostdeutscher.“<sup>17</sup>

Im Ergebnis unserer Analyse kristallisiert sich im ausgewählten Textabschnitt das Leitmotiv der Gesamtdarstellung der „Jahre mit Ulbricht“ in verdichteter Form heraus. Es handelt sich um das Narrativ eines letztlich zwar verhängnisvollen, gleichwohl mit begründeten Hoffnungen und integren Motiven beschrittenen Weges, dessen negativer Ausgang auf ungünstige Rahmenbedingungen, insbesondere aber auf das Eingreifen Walter Ulbrichts zurückgeführt wird, der mithin als Hauptverursacher der gesamten Entwicklung erscheint.<sup>18</sup> Die Notwendigkeit zu kritischer Selbstreflexion oder zu einem persönlichen Schuldbekenntnis ergibt sich aus solcher Perspektive nicht zwingend. Vielmehr wird man eher von einer auf Entlastung und Ablenkung zielenden Darstellungsweise zu sprechen haben, die in Bezug auf das Feindbild „Ulbricht“ den Vorteil des Schulterschlusses mit allen nicht in der SED aufgegangenen Sozialdemokraten hat.

17 Gniffke, S. 149.

18 Die Schilderung des ersten Zusammentreffens mit Ulbricht hat insofern Leitmotiv-Charakter für die gesamte Darstellung: „Am 19. Juni 1945 trafen wir, wie verabredet, zum ersten Mal mit den Vertretern des Zentralkomitees der KPD zusammen. Jetzt lernten wir ihren Wortführer Walter Ulbricht unmittelbar kennen. (...) Er sah keinen von uns an. Sein kalter Blick huschte unetw von einem zum andern. Wenn er sich zu einem Lächeln zwang, so glich sein Gesicht einer Maske. Seine Augen lächelten nie mit. Wir gerieten in eine immer stärkere Gereiztheit, die wir kaum noch verbergen konnten. Um diese Verhandlung so rasch wie möglich zu beenden, stimmten wir seinen Argumenten schließlich zu. (...) Nachdem wir endlich unterschrieben hatten und die Treppen hinabstiegen, fasste Grotewohl mich unter und sagte: ‚Ein gefährlicher Bursche dieser Ulbricht, der wird uns noch zu schaffen machen.‘ Ich erwiderte: ‚Ich habe den Eindruck, dass bei ihm jedes Wort eine andere Bedeutung hat als im normalen Sprachgebrauch.“ Siehe Gniffke, S. 32, 34.

Von der hier exemplarisch dargestellten Methode der Verdichtung ausgewählter episodischer Erinnerungssplitter zu Darstellungssegmenten mit hohem Authentizitätsanspruch und starker Suggestivkraft machen alle vier Autobiografen in erheblichem Maße Gebrauch. Sie entscheiden sich vor allem dann für dieses Darstellungsmittel, wenn es um die Hervorhebung lebensbiografischer Wendepunkte und geschichtlich bedeutsam gehaltener Ereignisse geht, wobei, wie die unterschiedliche Gewichtung der SPD-Sitzung vom 10./11.2.46 durch Gniffke und Germer zeigt, die Einschätzungen der in Frage kommenden Ereignisse weit auseinander gehen können. Insofern kommt es nicht von ungefähr, wenn für Germer im betreffenden Zeitabschnitt eine andere Veranstaltung, nämlich eine Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre, die am 1. März 1946 im Admiralspalast (Friedrichstraße) stattfand, von größerer Bedeutung ist. Ihr widmet er acht Seiten einschließlich umfassender Dokumentation seiner eigenen Rede und des damals mit ihm geführten Presseinterviews. Gniffke handelt diese Begebenheit wiederum auf nur einer Seite ab und gibt Germers Rede ausgesprochen knapp, betont nüchtern und in indirekter Rede wieder. Ausführlicher geht er aber auf Grotewohls Auftreten ein, den er mit Zitaten wie „Wir sind in einer Funktionärsversammlung der SPD, in der es keine Nazimethoden geben darf“ (nach Störungen aus dem Publikum) bzw. „Wer die Zeiten der Bruderkämpfe erlebt hat, denkt nur noch mit Beschämung an sie zurück“ direkt zu Wort kommen lässt. Zu seiner eigenen Rolle auf dieser Konferenz äußert sich Gniffke nicht – nach Germer sah sie wie folgt aus:

„Nach Grotewohl betrat ich das Rednerpult. Bereits nach den ersten Sätzen sprang hinter mir Erich Gniffke auf und brüllte: „Wer hat Dir die Rede aufgeschrieben?! Gleichzeitig riefen seine zwei Kinder, die ich zu meiner Überraschung jetzt in der ersten Zuschauerreihe sitzen sah, im Chor: ‚Verbrecher‘, ‚Verbrecher‘.“<sup>19</sup>

### Subtexte und Ironisierungen

Eine zusätzliche Nutzungsform episodischer Erinnerungssplitter findet sich bei Lemmer, der damit spezifische Subtexte kreiert, die teilweise als Präzisierung, teilweise aber auch als Gegenerzählung zu seinem im expliziten Sprachbereich eher diplomatischen Darstellungsstil dienen. Wer etwa eine eindeutige Stellungnahme zur Berlin- und Deutschlandpolitik Adenauers und Reuters erwartet, wird bei Friedensburg gut bedient, bei Lemmer dagegen zumindest auf den ersten Blick enttäuscht. So lautet eine der wenigen direkten Äußerungen Lemmers zu Adenauers Berlinpolitik wie folgt:

„Nun, Adenauers Einstellung zu Berlin war und ist bekannt. Ich muß zugeben, daß seine Argumente einen realen Kern hatten. Dennoch bleibe ich bei meiner Auffassung, daß bei etwas mehr Mut zum Risiko die politische Entwicklung vielleicht anders verlaufen wäre, wenn sich damals alle Anwesenden spontan zu Berlin bekannt hätten. Natürlich war das Risiko nicht abzusehen. Die Entscheidung für Berlin hätte sich möglicherweise als ein

19 Germer, S. 142. Die Schilderung der Veranstaltung auf den Seiten 138–145.



schwerwiegender Fehler herausstellen können, aber sie wäre nicht unbedingt ein Fehler gewesen.“<sup>20</sup>

Während Lemmer auf der expliziten Darstellungsebene Wert darauf legt, sich über die strategischen Ziele der Russen niemals Illusionen gemacht zu haben, schildert er höchst ausführlich seine intensiven Gespräche mit Vertretern der SMAD. Er bedauert dabei mehrfach, dass es nicht gelungen sei, größeres Verständnis füreinander zu entwickeln und die beiden Völker näher zusammenzubringen. Wiederholt bedient er sich episodischer Schilderungen mit hintergründiger Bedeutung, so etwa im Vergleich zweier von ihm selbst durchgemachter Beraubungserlebnisse durch einen Rotarmisten einerseits, durch amerikanische GIs andererseits, bei denen der Russe die Requirierung der Schweizer Armbanduhr Lemmers mit einem kultivierten Gespräch verbunden hatte, während er von den Amerikanern nicht nur beraubt, sondern auch niedergeschlagen worden war. Lemmers Fazit lautet, „daß ein kleines morales Aktivum für die Rote Armee übrig bleibt.“<sup>21</sup>

Mehrfach ist Adenauer Gegenstand ironischer Distanzierung, so etwa als Lemmer auf dem Höhepunkt eines feuchtfröhlichen Winzerfests nach dem „größten Deutschen“ fragt und der anwesende Adenauer mit versteinelter Miene reagiert. Eine andere Erzählung aus dem Jahr 1946 nimmt darauf Bezug, dass Adenauer von den Grenzen des karolingischen Reichs als Ziel seiner Deutschlandpolitik gesprochen habe; die Überschrift des Kapitels lautet ein wenig ironisch: „Konrad Adenauer und Karl der Große“. Typisch für Lemmer, dass er der Stichelei im nächsten Satz die politisch korrekte Variante folgen lässt:

„Wenn Adenauer auch von der Wiederaufrichtung Deutschlands innerhalb der Grenzen des Karolingerreichs sprach, so (...) hat er niemals aufgehört, an Gesamtdeutschland zu denken.“<sup>22</sup>

## Autobiografie und „Meistererzählung“

Von autobiografischen Schriften politischer Akteure ist zu erwarten, dass sie eine Positionsbestimmung ihres einstigen Handelns im Hinblick auf vorhandene geschichtliche Deutungsmuster vornehmen – zunächst einmal unabhängig davon, ob sie sich als „Gewinner“ oder als „Verlierer“ der Geschichte wiedergegeben finden. Im besten Fall gelingt es damit, den historischen Forschungsdiskurs und die öffentliche Erinnerung in Bewegung zu bringen und zu beeinflussen, im schlechtesten Fall bleiben Geschichtsdiskurs und – sofern vorhanden – „Meistererzählung“ unbeeindruckt, wie das folgende Beispiel zeigt.

Als Ausgangspunkt der bis heute dominierenden berlingeschichtlichen Meistererzählung kann die erste biografische Darstellung über Ernst Reuter gelten. Diese erschien 1957, vier Jahre nach dem Tod des Regierenden Bürgermeisters, unter dem Titel *Ernst Reuter. Ein*

20 Lemmer, S. 293.

21 Ebd., S. 236.

22 Ebd., S. 297.

*Leben für die Freiheit*. Seine Verfasser, die prominenten Sozialdemokraten Willy Brandt und Richard Löwenthal, präsentierten Reuter als entscheidenden politischen Wegbereiter der Zugehörigkeit Berlins zum „freien Westen“. <sup>23</sup> Dies ist auch der zentrale Deutungsansatz der zur Jahrtausendwende herausgekommenen zweiten großen Reuter-Biografie des amerikanischen Historikers David Barclay, die zudem die antitotalitäre Entschiedenheit als lebensbiografisches Kontinuitätsmerkmal stark betont. <sup>24</sup> Ein kürzlich erschienener Sammelband regt zudem weitere Forschungen zur Person an, nicht zuletzt um der Gefahr des „Versteinerens“ in den „Schablonen des Kalten Kriegs“ zu begegnen und eine Diskussion darüber einzuleiten, ob und inwieweit Reuter als Vorbereiter der sozialliberalen Entspannungspolitik der siebziger Jahre anzusehen sei. <sup>25</sup>

Die westliche Berlin-Literatur hat sich der auf Reuter bezogenen Sichtweise mit wenigen Ausnahmen angeschlossen. <sup>26</sup> So bedient sich auch die unlängst erschienene erste Gesamtdarstellung der Geschichte West-Berlins des Stilmittels der Personalisierung, indem sie Reuter und Friedensburg gegenüberstellt. Ein „Kamingespräch“ zwischen den beiden Politikern, das auf Anregung des amerikanischen Sonderbotschafters und Präsidentenberaters Robert Murphy in Berlin-Dahlem stattfand, liefert den Hintergrund für die folgende episodische Inszenierung, mit deren Hilfe der Autor den Leser auf die zentrale Interpretationslinie seines Buches einstimmt und sich dabei Friedensburg als negative Kontrastfolie bedient:

„Es war der 31. Oktober 1948, der Reformationstag, und in lutherischer Konsequenz saßen sich zwei Männer gegenüber und konnten nicht anders, als verschiedener Meinung zu sein. Zwei Prinzipien prallten aufeinander und Politik erwies sich einmal mehr als Gemenge von Überzeugung und Charakter. Reuter wie Friedensburg waren gleichermaßen untadelige Demokraten und von universeller Bildung – und doch höchst gegensätzlich. Der massige Ernst Reuter, der mit der unverwechselbaren Baskenmütze die Mitte zwischen bürgerlichem Hut und proletarischer Kappe hielt, konnte sich seiner Sache sicher sein, war er doch das mit großer Mehrheit gewählte Stadtoberhaupt. Friedensburg war dagegen ein schlanker Mann von grandseigneuralem Habitus, ebenfalls erfahren in der Verwaltung, bei dem sich Prinzipienfestigkeit mit kaum noch von Lavieren zu unterscheidender Verhandlungsbereitschaft paarte. Er wollte ein Diplomat mit Überzeugung sein, war dazu aber wenig begabt. Von seinem Wesen war er derart unzulänglich mit ausgleichendem Geschick ausgestattet, dass ihm seine Amtskollegin Louise Schröder

23 Vgl. Willy Brandt/Richard Löwenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biografie, München 1957.

24 Vgl. David E. Barclay: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannteste Ernst Reuter, Berlin 2000, S. 345 ff.

25 Vgl. Heinz Reif: Einleitung, in: ders./Moritz Feichtinger (Hg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer 1921–1953, Bonn 2009, S. 7–15, hier: S. 14.

26 Vgl. z. B. Hans Herzfeld: Berlin in der Weltpolitik, Berlin 1973; Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichte Berlins, Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987. Das vor 1990 noch recht markant in Ost und West geteilte Tableau der Berlin-Historiografie (vgl. z. B. Gerhard Keiderling: Berlin. 1945–1986. Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlin [Ost] 1987) hat sich in den zurückliegenden zwanzig Jahren eindeutig zu Gunsten der westlichen „Meistererzählung“ der „Front-“ und „Kernstadt“ (West-)Berlin verschoben.

‚zwei linke Hände und zwei linke Füße‘ attestierte. Selbst sein eigener Sohn spricht von einem ‚Hauch von Tragik‘ über dem Leben seines Vaters, der einfach unfähig zu tagespolitischen Kompromissen gewesen sei, was ihm den Vorwurf der Eigenmächtigkeit eingetragen habe.

Ein starkes Ego besaßen Reuter wie Friedensburg, doch überschritt bei Friedensburg das ausgeprägte Selbstbewusstsein immer wieder die Grenze zur Selbstgefälligkeit, mit der er möglicherweise die eigene, schwache Position überspielte. Denn er war nicht mehr als der Vertreter der Vertreterin. Für Ernst Reuter führte eigentlich Louise Schröder (SPD) stellvertretend die Geschäfte, doch war sie wegen Gesundheitsproblemen aus der blockierten Stadt ausgeflogen worden und musste für Monate pausieren. Friedensburg (CDU) agierte mit so viel Gefallen an dem Amt, dass der Verdacht aufkam, er verzögere den Umzug [des Magistrats] nach West-Berlin auch deshalb, um die dann anstehende Amtsausübung durch den nicht mehr durch ein sowjetisches Njet gehinderten Reuter so weit wie möglich hinauszuschieben.<sup>27</sup>

### Paratexte als Gegenerzählungen

Keiner der hier vorgestellten fünf autobiografischen Autoren hat es vermocht, das auf Ernst Reuter und dessen Front- und Kernstadtpolitik fokussierte Geschichtsbild zu korrigieren. Dass ein solches Unterfangen mit erheblichen Widerständen zu rechnen haben würde, zeichnete sich im Grunde schon im Geleitwort Herbert Wehners zu Gniffkes Buchveröffentlichung deutlich ab. Wehner folgte Gniffke hier nur insoweit, als er korrekt von einem „Rechenschaftsbericht“ sprach, den er freilich als Beleg für die Angemessenheit des kompromisslosen Antikommunismus Schumachers wie auch für das Erfordernis der weltanschaulichen Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie bewertete. Sozialdemokraten alter theoretischer Schulung vom Schlage Gniffkes hätten dem Werben der Kommunisten ideologisch nur wenig entgegenzusetzen gehabt und seien mithin leichter zu täuschen gewesen.<sup>28</sup> Wehner lieferte damit nichts weniger als eine Gegenerzählung zu Gniffke, der Schumachers strikten Abgrenzungskurs gegenüber dem Zentralausschuss in Wirklichkeit gerade nicht als hilfreich, sondern als mit ursächlich für den Untergang der SPD in der Ostzone beschrieb und sein eigenes Hineingehen in die SED verantwortungsethisch im Sinne des Beistands für die vielen in die SED gezwungenen Sozialdemokraten erklärte. Insofern entspricht eine weitere Einschätzung Wehners, der zufolge man es mit dem Bericht eines Mannes zu tun habe, dem es darum gegangen sei, zu zeigen: „So ist es geschehen, und meine Kräfte haben nicht ausgereicht, es besser zu machen; schließlich musste ich aufgeben, um nicht zu verderben,“<sup>29</sup> nur unter starkem Vorbehalt dem Selbstverständnis Gniffkes.

Als weiteres Beispiel für den – aus Autorensicht – kontraproduktiven Charakter von Paratexten aus fremder Hand kann Helmut Kohls Geleitwort zur 1996 erschienenen Neu-

27 Wilfried Rott: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009, S. 18f.

28 Wehner, in: Gniffke, S. 10f.

29 Ebd., S. 9.

aufgabe der Lebenserinnerungen Ernst Lemmers gelten. Als amtierender Bundeskanzler und Adenauer-Apologe setzt sich Kohl souverän über Lemmers ja schon im Buchtitel („Manches war doch anders“) zum Ausdruck kommenden Korrekturwunsch hinweg und lässt dessen Lebensweg als Musterbeispiel für den kompromisslosen Antitotalitarismus „aufrechter christlicher Demokraten“ erscheinen. Lemmer wird aus dieser Perspektive zum Vorkämpfer der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit; ungewürdigt bleiben seine kritische Haltung gegenüber Adenauers strikter Weststaatspolitik und sein im Buch stark betontes Eintreten für den Ost-West-Dialog.<sup>30</sup> Was schon für die paratextuelle Gestaltung des Gniffke-Buches festzustellen war, gilt auch im Fall Lemmers: Der Versuch, Korrekturen am dominierenden Geschichtsbild anzubringen, wird vom Autor des Geleitworts abgeschliffen und aufs Abstellgleis der Geschichte geschoben!

### Biografische Gegenerzählungen von unerwarteter Seite

Indes haben sich die Dinge seit den neunziger Jahren insofern doch gewandelt, als – von unerwarteter Seite – Biografien über Reuter-Gegenspieler, wie Otto Ostrowski, Franz Neumann und eben auch Ferdinand Friedensburg erschienen sind. Bei den Biografen handelt es sich um Gerhard Keiderling, ehemals Akademie der Wissenschaften der DDR, bis 1989 in Historikerkreisen gerühmt und gefürchtet als „schärfstes Schwert der SED“ (und in dieser Funktion entschiedener Gegner bürgerlicher „Opportunitätspolitik“ vom Schlage Friedensburgs und Lemmers);<sup>31</sup> im Fall Ostrowskis bzw. Neumanns um Norbert Podewin, der lange Zeit führende Positionen im ZK der SED und im Staatsrat der DDR einnahm.<sup>32</sup> Keiderlings und Podewins Interesse an unkonventionellen Grenzgängern hat vermutlich damit zu tun, dass sie *heute*, ebenso wie Friedensburg *damals* Grund haben, über den Verlauf der Entwicklung und das vorherrschende Geschichtsbild frustriert zu sein. Wie schwer sie es damit haben werden, macht die Rezension der Friedensburg-Biografie in der *FAZ* deutlich. Warum, so fragt ihr Autor, ein an der West-Berliner Freien Universität ausgebildeter Historiker, sollte man sich nach mehr als sechzig Jahren mit einem Mann beschäftigen, der „eigentlich mit all seinen zentralen Entscheidungen schief lag“ und „tatsächlich naiv“ war, wenn er glaubte, „länger als andere über die Schattenseiten des stalinistischen Systems hinwegsehen zu können – über Massenvergewaltigungen, Speziallager, Druck und Terror“, der sich als „nützlicher Idiot, als bürgerliche Alibifigur ge- und missbrauchen ließ – in der irrigen

30 Helmut Kohl, in: Lemmer, 2. Aufl., S. 9–11.

31 Vgl. Gerhard Keiderling: Die Berliner Krise 1948/49. Zur imperialistischen Strategie des kalten Krieges gegen den Sozialismus und der Spaltung Deutschlands, Berlin (Ost) 1982, S. 244.

32 Vgl. Gerhard Keiderling: Um Deutschlands Einheit. Ferdinand Friedensburg und der Kalte Krieg in Berlin 1945–1952, Köln 2009; Norbert Podewin: Otto Ostrowski – der gelöschte Oberbürgermeister. Ein Schicksal im Berlin des Kalten Krieges, Berlin 2004; Lutz Heuer/Norbert Podewin: Franz Neumann (1904–1974): Frontmann im Berlin des Kalten Krieges, Berlin 2009.

Hoffnung, den sowjetischen Bären zähmen zu können.“ Nach wie vor habe deshalb zu gelten: „Reuter lag fundamental richtig, Friedensburg fundamental falsch.“<sup>33</sup>

Auch wenn Friedensburgs Hoffnung auf eine Korrektur des Geschichtsbildes mithin erneut abgewiesen erscheint und Ähnliches derzeit auch für die drei anderen Beispielfälle gilt, die in Forschung und Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden,<sup>34</sup> so ist andererseits doch zu betonen, dass allein schon die bloße Existenz von Autobiografen aus der Feder von Abweichlern und Gescheiterten als Rest- und Merkposten der Geschichtsschreibung von Bedeutung bleibt. Tatsächlich handelt es sich um eine nicht zu unterschätzende Kontrastfolie zur professionellen Geschichtsschreibung, die ja ihrerseits nicht selten ein Zuviel an Kohärenz entwickelt und zum Meta-Narrativ drängt. Dies gilt auch dann, wenn, wie gesehen, die „Verlierer der Geschichte“ sich gar nicht also solche fühlten und ihre Lebensgeschichte in der Erwartung nachträglicher Anerkennung verfassten.<sup>35</sup>

## Fazit

Autobiografische Erinnerungen stellen für die Geschichtswissenschaft eine nützliche Quelle dar, sofern ein adäquates und entsprechend profiliertes Erkenntnisinteresse besteht und bei der Auswertung bestimmte methodische Standards eingehalten werden. Allerdings steht eine systematische historische Quellenkritik der Autobiografie noch aus. Der vorliegende Beitrag versteht sich als Schritt in diese Richtung. Er macht am Beispiel der Lebenserinnerungen von Berliner Nachkriegspolitikern auf Besonderheiten der Analyse und Interpretation aufmerksam, wie etwa den Einsatz episodischer Erinnerungselemente, deren Vorkommen nach den Regeln der Oral History als Authentizitätshinweis gilt, was vergleichbar für die Autobiografie nicht bestätigt werden konnte.

Die Entstehung und Einbettung von Autobiografien in zeitgeschichtlichen Kommunikationskontexten führt zu einer vielschichtigen Erzählstruktur, die nicht nur das Ergebnis von vorangegangenen Verarbeitungsprozessen darstellt, sondern sich zudem konkurrierenden Erinnerungsangeboten und Vergangenheitsdeutungen stellen muss – eine Konstellation, die sich teilweise bereits in den Paratexten widerspiegelt. Auch diese Dimension autobiografischen Schreibens ist bei der Analyse der Texte stets mitzudenken. Sie verstellt einerseits den direkten Blick auf das Vergangene, kann andererseits für die Analyse von kommunikativer Gedächtnisbildung und geschichtspolitischer Instrumentalisierung genutzt werden. Für die hier vorgestellten Fallbeispiele war der zumindest implizite Wunsch nach Beteiligung am öffentlichen und historiografischen Diskurs klar erkennbar – teils in der Hoffnung auf Rehabilitation und (historischen) Reputationsgewinn, teils mit dem Wunsch, aktuelle Lagen und

33 Daniel Koerfer: Freund der Sowjetunion. Das einst schärfste Historikerschwert der SED würdigt Ferdinand Friedensburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.07.2009, S. 6.

34 Mit der Ausnahme eines knapp gefassten Sammelband-Artikels über Erich W. Gniffke. Vgl. Dierck Hoffmann: Erich Walter Gniffke. Geschäftsmann und Sozialdemokrat in zwei Diktaturen, in: Theresia Bauer u. a. (Hg.): Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 179–194.

35 Vgl. Friedensburg, S. 7f.

Prozesse (deutschlandpolitische Stagnation, Bedrohung des Kalten Kriegs, Neue Ostpolitik) zu beeinflussen.

Die fünf hier ausgewählten Beispiele bewegen sich – durchaus charakteristisch für Autobiografien – im Grenz- und Überschneidungsbereich von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. Im vorliegenden Fall ist es den Autoren offensichtlich nicht gelungen, die auf Ernst Reuter und den Mythos der Front- und Kernstadt fokussierte Meistererzählung in Frage zu stellen. Es ist aber zu beobachten, dass sich ehemalige Funktionsträger und Intellektuelle des SED-Regimes derzeit um die Aufarbeitung von „Grenzgänger“-Biografien bemühen – offenbar getragen von der Suche nach historischen Alternativen zum aktuellen Entwicklungsstand der deutschen Geschichte. Der kommunikative Charakter und das diskursive Potenzial der Autobiografie werden dadurch unterstrichen; es zeigt sich, dass Autobiografien noch Jahrzehnte nach ihrem Erscheinen wirksam werden können – sei es als Merk- und Restposten der Geschichte, sei es als Objekt geschichtspolitischer Instrumentalisierung.